

Volkswirtschaft.

Die Finanzierung der Rohstoffeinfuhr.

Aus fachlichen Kreisen wird uns geschrieben: Die Lösung der Frage, auf welche Weise unsere Industrie ihre Rohstoffeinfuhr finanzieren sollte, bereitet um so größere Schwierigkeiten, als die für diesen Zweck bestimmt gewesene Reserve, unser Bestand an ausländischen Effekten, für die Bezahlung der bereits gelieferten Lebensmittel in Anspruch genommen wurde und auch der Erlös unseres Holzexports für den gleichen Zweck verwendet werden muß. Daß der deutschösterreichische Staat behufs Erlangung von Rohstoffen (ganz abgesehen von der ihm im Friedensentwurf in Aussicht gestellten Mitwirkung der Wiedergutmachungskommission) einen großen Auslandskredit erhält, den er den Fabrikanten zur Verfügung stellen könnte, ist wenig wahrscheinlich. Aber auch auf den Kredit der Fabrikanten oder selbst der Vereinigungen ganzer Industriezweige dürfen keine allzu großen Hoffnungen gesetzt werden. Eine Firma kann beispielsweise für zwanzig Millionen Kronen ohne weiteres kreditwürdig sein, ohne daß sie es für einen kleinen Bruchteil dieses Betrages in fremder Währung wäre, weil sie sich diese um keinen Preis verschaffen könnte. Die verhältnismäßig kleinen Beträge, die im Schleichhandel zu haben sind, spielen natürlich für den Finanzbedarf unserer Industrie keine Rolle.

Wir werden mangels ausländischer Kapitalguthaben die Rohstoffeinfuhr fast zur Gänze mit Exportwaren bezahlen müssen, und zwar wird hierzu in erster Linie der Erlös jener Waren herangezogen sein, die aus diesen Rohstoffen erzeugt werden, was natürlich zur Voraussetzung hat, daß die Fakturenbeträge für die Dauer des Produktionsprozesses kreditiert bleiben. Praktisch würde sich die Sache entweder so abspielen, daß der Erzeuger von einem ausländischen Händler Rohstoffe von bestimmtem Wert gegen die Verpflichtung bezieht, ihm innerhalb eines gewissen Zeitraumes gewisse Fertigwaren zu einem festen Preis abzuliefern; oder so, daß der Verkäufer nur die Verpflichtung übernimmt, so viel Ware, gleichviel wohin, zu welchem Preise und in welchen Qualitäten, zur Ausfuhr zu bringen, als nötig ist, um die Valuta zur Bezahlung des Rohstoffimports zu beschaffen. Da zur Herstellung der für die Bezahlung erforderlichen Fertigwaren jedenfalls nur ein Teil der eingeführten Rohstoffe verwendet werden muß, steht der Rest für den Inlandsverbrauch zur Verfügung.

So einfach dieser Plan aussieht, so viele Schwierigkeiten wird seine Durchführung in der Praxis bereiten, und tatsächlich sind ja derartige Verträge noch nicht abgeschlossen worden, zumindest noch nicht in großem Maßstab. So ist unsere Industrie noch immer ohne Rohmaterial, trotzdem die Blockade gegen Deutschösterreich schon seit geraumer Zeit aufgehoben ist. Zunächst müßten die Hindernisse beseitigt werden, die in unseren eigenen Gesetzen und Verordnungen liegen. Heute braucht man zur Durchführung einer Transaktion wie der oben geschilderten eine Einfuhrbewilligung, eine Ausfuhrbewilligung (bei größeren Partien je eine für jeden Wagon), und eine Bewilligung der Devisenzentrale. Es müßte, da sich ja dadurch unsere Valuta nicht verschlechtern kann, eine einfache Anmeldung nebst Verpflichtungsschein für die Wiederausfuhr von Fabrikaten im gleichen Wertbetrage genügen, wobei für die Einhaltung der letzteren Verpflichtung durch ein Sicherstellungsdepot oder eine Bankgarantie zu sorgen wäre. Die Nichteinhaltung der Exportverpflichtung wäre, sofern nicht höhere Gewalt nachgewiesen werden kann, streng zu bestrafen. Die Kontrolle brauchte sich nur auf die Wertgleichheit der eingeführten und der ausgeführten Waren zu erstrecken, sowie darauf, daß letztere tatsächlich aus den eingeführten Stoffen hergestellt wurden.

Sehr erschwert wird der Abschluß entsprechender Vereinbarungen durch unsere politischen und Arbeiterverhältnisse werden. Auch wenn die als Käufer auftretende Fabrik noch so kreditwürdig ist oder wenn ihr auch die Bürgschaft eines ersten Bankinstituts zur Seite steht, so muß der ausländische Lieferer doch mit der Möglichkeit rechnen, daß dem Geschäftsfreund die Erfüllung seiner Verpflichtungen durch eine soziale Revolution unmöglich gemacht wird. Mag die Wahrscheinlichkeit auch nur gering sein, so wird sie doch viele Lieferer abschrecken. Wo der Verkäufer des Rohstoffes gleichzeitig Käufer der Fertigware ist, wo er also gleichsam als Verleger des inländischen Erzeugers fungiert, wird außerdem die Furcht vor Verzögerungen in der Ablieferung erschwerend wirken. Wir finden in den deutschen Fachblättern unzählige Klagen darüber, daß Exportaufträge in andere Länder vergeben werden, weil die fortwährenden Streiks jede Vereinbarung über die Lieferzeit illusorisch machen. Bei uns ist das Streikfieber wohl lange nicht so groß wie in Deutschland; dafür muß aber unsere Produktion mit Unterbrechungen durch Kohlenmangel rechnen. Kohle aus England oder Amerika zu ähnlichen Bedingungen wie die Rohstoffe zu beziehen, wird aber wegen der ungünstigen Frachtlage des Binnenstaates Deutschösterreich unmöglich sein. Eher wäre es vielleicht denkbar, durch Ausfuhr eines weiteren Teiles der Fabrikate Kohle aus Polen im Kompensationsweg zu erhalten. Wenn die Verträge nach dem zweiten Schema, das ist freier nachträglicher Exportverkauf durch den Erzeuger, abgeschlossen werden, wird die Frage der Lieferzeiten eine geringere Rolle spielen, obwohl bei langanhaltendem Kohlenmangel die rechtzeitige Bezahlung der Rohstoffe in Frage gestellt sein kann.

In manchen Industriezweigen, besonders da, wo wegen des geringen Preises der Mengen-

einheit von Rohmaterial und Fabrikat die Frachtbelastung eine große Rolle spielt, werden schließlich unsere Fabrikate höher zu stehen kommen, als der auf dem Weltmarkt erzielbare Preis beträgt. Es wird dann der Verlust bei den erzwungenen Ausfuhrgeschäften durch einen höheren Nutzen bei den Inlandsverkäufen wettgemacht werden müssen. Das „dumping“ wäre in diesen Fällen technisch leicht durchführbar, weil der Inlandsmarkt noch durch die Einfuhrverbote geschützt ist, moralisch erdient es gerechtfertigt, weil auf andere Weise die Versorgung des Inlandsmarktes überhaupt nicht möglich ist. Vielleicht wird sich mancher Staat gegen unsere Dumping-Verkäufe durch Zollaufschläge wehren, aber in den industriell unentwickelten Ländern werden sich noch genug Abkämpflichkeiten bieten.

Da eine andere Art als die besprochene, unsere Rohstoffbezüge zu finanzieren, heute kaum offen steht, so kann gesagt werden, daß die Beseitigung der politischen Spannung, der fortwährenden Besorgnis vor Buttschen neben einer halbwegs befriedigenden Lösung der Rohstofffrage die unerläßliche Vorbedingung ist, um unsere Bevölkerung mit billigerer Kleidung und anderen wichtigen Erzeugnissen versorgen zu können, und um der furchtbaren Arbeitslosigkeit Herr zu werden.